

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl) von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 11. Februar 1983

Blatt 367

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet:

(grau)

Verkehrsverbund: Pröll schmückt sich mit fremden

Federn

Alois Jaklitsch gestorben

Kommunal:

(rosa)

26 Wettbewerbsprojekte für die U 6-Brücke über

das Wiental

Am Freitag: Gemeinderat beschließt Auflösung

500 Millionen Kreditaktion für

Kleingewerbetreibende

Lokal:

(orange)

Vorläufig ein billiger Winter

Holli Knolli ging aufs Eis

Nur

über FS:

10.2. Blechsalat in der Brigittenau

11.2. Wohnungsbrand in Neubau

103. Geburtstag

Radiorede des Bürgermeisters

Pressegespräch des Bürgermeisters

Bereits am 10. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet 

Verkehrsverbund: Pröll schmückt sich mit fremden Federn Utl.: Wien für Einbeziehung der Buslinien =++++

Wien, 10.2. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR warf Donnerstag dem Niederösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL vor, die Tatsachen zu verdrehen, wenn er das Zustandekommen des Verkehrsverbundes als eine wesentliche Leistung des Landes Niederösterreich darstelle. Vielmehr haben Ludwig und Pröll acht Jahre lang eine Einigigung verhindert, da Niederösterreich sich beharrlich weigerte, einen finanziellen Beitrag zum Verbund zu leisten. Wien habe dagegen von Anfang an seine finanzielle Bereitschaft gezeigt. Pröll, der sich nun mit fremden Federn schmücken will, müßte auch wissen, daß die Initiative, die zum Erfolg führte, von Verkehrsminister Karl LAUSECKER ausgegangen ist.

Der Einbeziehung der Buslinie in den Verkehrsverbund stehe Wien, so Mayr, sehr positiv gegenüber. "Wir unterstützen das voll, noch dazu, da das Wiener Verkehrsnetz bereits im 1. Schritt fast vollständig erfaßt wurde. Wir haben auch in dieser Frage bereits hohe Vorleistungen erbracht - nun sind die Niederösterreicher an der Reihe", erklärte Mayr abschließend. (Schluß) sei/ko

Bereits am 10. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet 

Alois Jaklitsch gestorben =++++

Wien, 10. 2. (RK-LOKAL) Wie erst jetzt bekannt wurde, ist der langjährige Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Margareten, Alios JAKLITSCH (SPÖ) am 31. Jänner im 62. Lebensjahr einem Herzanfall erlegen.

Alois Jaklitsch gehörte seit 1950 der Margaretner Bezirksvertretung an und wurde 1978 zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Er war fast 20 Jahre lang Direktor der Volksschule Einsiedlergasse und seit dem Weltkrieg als Lehrer der Margaretner Schuljugend tätig.

Alois Jaklitsch hat sich große Verdienste um das Kulturleben des 5. Bezirkes erworben. Als Präsident des "Kulturforum Margareten" hat er zuletzt die Aktivitäten "120 Jahre Margareten" geleitet und stand mitten in den Vorbereitungen für die Bezirksfestwochen.

Die Trauerfeierlichkeiten für Alois Jaklitsch finden am kommenden Montag, dem 14. Feber, um 15 Uhr, im Krematorium Simmering statt. (Schluß) fk/sim

26 Wettbewerbsprojekte für die U 6-Brücke über das Wiental =++++

2 #Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Für den von der Stadt Wien veranstalteten Projektwettbewerb "Brücke über das Wiental für die Trasse der U-Bahnlinie U 6 im Bereich Gaudenzdorf" sind bis Ende Jänner 26 Arbeiten eingereicht worden. Derzeit werden die Projekte einer Vorprüfung unterzogen. Wie Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl. -Ing. Dr. Rudolf WURZER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wird die Wettbewerbsjury am 28. Februar zu ihrer ersten beurteilenden Sitzung zusammentreten. # (Schluß) sc/ko

Vorläufig ein billiger Winter Utl.: Ein Zentimeter kostet 1,5 Millionen =++++

3 #Wien, 11.2. (RK-LOKAL) Vorläufig ist der heurige Winter für die Schneeräumung relativ billig. Bis zum 10. Februar fielen in Wien insgesamt 21 Zentimeter Schnee. Die Kosten für die Räumung betrugen rund 31 Millionen. Im Durchschnitt ergeben sich Räumkosten pro Zentimeter Schneefall von 1,5 Millionen. Im Vorjahr fielen in Wien in der gesamten Wintersaison 122 Zentimeter Schnee, bis zum 31. Jänner 1982 waren es bereits 106 Zentimeter. Die Schneeräumkosten der Vorjahressaison betrugen rund 144 Millionen.# (Schluß) fk/ap

Am Freitag: Gemeinderat beschließt Auflösung =++++

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Freitag, dem 18. Februar, wird der Wiener Gemeinderat seine vorzeitige Auflösung beschließen. Unter Post 1 der Tagesordnung, zu der der für die Durchführung der Wahlen zuständige Amtsführende Stadtrat Franz NEKULA berichten wird, lautet der Antrag: "Der Gemeinderat der Stadt Wien beschließt gemäß 8 13, Absatz 2 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien seine Auflösung vor Ablauf der Wahlperiode". (Schluß) red/ap

500 Millionen Kreditaktion für Kleingewerbetreibende (1)

#Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag einstimmig eine 500 Millionen Kreditaktion für Kleingewerbetreibende. Durch die neue Aktion, die am 1. März gestartet wird, können Kleingewerbetreibende Kredite bis zu 250.000 Schilling und mit einer Laufzeit von fünf Jahren zur "Top-Kondition" von 7 1/2 Prozent pro Jahr bekommen. Dieser günstige Zinssatz ist möglich, weil die Stadt Wien, die Wiener Handelskammer, die Zentralsparkasse und die "Erste österreichische" Zinsenzuschüsse leisten.#

Sinn dieser Aktion ist es, wie Finanzstadtrat Hans MAYR in einem Pressegespräch erklärte, eine Lücke bei den bestehenden Förderungsaktionen zu schließen. Die Neugründung von Betrieben, die Modernisierung und Investitionen wurden schon bisher gefördert. Durch die neue Aktion ist jedoch auch der Ankauf von Betriebsmitteln möglich.

Anträge für die neue Aktion können bei den beiden Sparkassen gestellt werden. Antragsberechtigt sind Klein- und Mittelbetriebe: Die Bilanzsumme darf maximal 4 Millionen, der Umsatz maximal 14 Millionen und die Beschäftigungszahl maximal 40 ausmachen. Eines der drei genannten Kriterien darf überschritten werden.

Zwtl.: Bürgschaftsübernahme für Kleingartenförderungsaktion Der Finanzausschuß beschloß ebenfalls einstimmig eine Bürgschaftsübernahme über 700 Millionen Schilling für das kürzlich vorgestellte neue Kleingartenprogramm der Stadt Wien. Die Stadt Wien übernimmt für günstige Kredite der Zentralsparkasse, die für die Aufschließung der Kleingärten und für Kleingartenhäuser verwendet werden, die Bürgschaft. (Forts.) sei/ap

500 Millionen Kreditaktion für Kleingewerbetreibende (2) Utl.: General Motors Förderung =++++

Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß weiter mit den Stimmen der SPÖ einen Barzuschuß vom maximal 38,9 Millionen Schilling für eine 700 Millionen Investition von General Motors in Wien Aspern. Finanzstadtrat Mayr erklärte dazu, daß er froh sei, daß die mit der Ansiedlung von General Motors verbundenen grundsätzlichen überlegungen aufgegangen sind. Die Firma setzt weitere Investitionen auf einem Gebiet, wo österreich bisher zu 100 Prozent auf Importe angewiesen war. Außerdem wurde die Förderung für dieses zukunftsbezogene Projekt stark herabgesetzt - Bund und Stadt Wien sollen dieses neue Projekt nur zu einem Sechstel fördern.

Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) wies darauf hin, daß General Motors im vergangenen Jahr Gewinne in Milliardenhöhe erzielt habe. Es sei unverständlich, daß man einen solchen Betrieb in dieser Höhe fördert. Besser wäre das Geld bei den vielen Wiener Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt.

Durch die neue Investition erhöht sich das Investitionsvolumen von General Motors in österreich auf 8,5 Milliarden Schilling. Man wird nun in Aspern neben 1,2 Liter Motoren und 4-Gang-Getrieben auch 1,3 Liter Motoren und 5-Gang-Getriebe herstellen. (Forts. möglich) sei/ko

11. Februar 1983 "RATHAUSKORRESPONDENZ" Blatt 375 Geehrte Redaktion! .-.-.-.-.-.-.-. =++++ 12 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Zu der heutigen Aussendung des öVP-Pressedienstes, in der Landesparteisekretär Gemeinderat Anton FüRST eine Erweiterung der schon einmal angekündigten Anzeige gegen die Redakteure des Presse- und Informationsdienstes ankündigt, stellt die Redakteursversammlung des PID einstimmig fest: Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Bevölkerung über die Arbeit der Wiener Stadtverwaltung gemäß den Beschlüssen ihrer gewählten Organe zu informieren. Wir weisen die Unterstellung zurück, daß wir Arbeit unter ständigen Pressionsversuchen zu leisten hätten. Entschieden weisen wird aber auch jeden Versuch zurück, uns von außen - von welcher Seite auch immer - unter Druck zu setzen, insbesondere durch einen in der Geschichte der Zweiten Republik bislang beispiellosen Versuch, journalistische Tätigkeit zu kriminalisieren. (Schluß) NNNN